

Albrecht Müller

# Meinungsmache

Wie Wirtschaft, Politik und Medien  
uns das Denken abgewöhnen wollen

Knaur Taschenbuch Verlag

## *Dank*

Ein solches Buch kann nicht auf den Gedanken und Recherchen eines Einzelnen gründen. Viele Anregungen und Informationen verdanke ich Freunden und Gesprächspartnern. Wolfgang Lieb hat zwei Kapitel geschrieben und ein drittes inspiriert. Das gesamte Team und viele Nutzer von [www.NachDenkSeiten.de](http://www.NachDenkSeiten.de) haben interessante Informationen und Hinweise beigesteuert.

Herzlichen Dank.

Besuchen Sie uns im Internet:

[www.knaur.de](http://www.knaur.de)



Vollständige Taschenbuchausgabe Dezember 2010

Knaur Taschenbuch

Copyright © 2009 bei Droemer Verlag

Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt

Th. Knaur Nachf. GmbH & Co. KG, München

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Umschlaggestaltung: ZERO Werbeagentur, München

Satz: Daniela Schulz, Stockdorf

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-426-78160-9

*Für Anke*



# Inhalt

Vorbemerkung des Autors zu unser aller Betroffenheit. . . . .	9
<b>Einführung . . . . .</b>	<b>12</b>
<b>I. Der Boden, auf dem Meinungsmache gedeiht . . . . .</b>	<b>17</b>
Kapitel 1: Ein verbreitetes Gefühl der Ohnmacht . . . . .	18
Kapitel 2: Meinungsbildung: Ideal und Wirklichkeit . . . . .	29
<b>II. Meinungsmache beherrscht das politische Geschehen und wichtige Teile von Wirtschaft und Gesellschaft . . . . .</b>	<b>41</b>
Kapitel 3: Meinung macht Politik. . . . .	42
Kapitel 4: Meinungsmache prägt wirtschaftliche Entscheidungen. . . . .	77
Kapitel 5: Meinungsmache bereitet Kriege vor . . . . .	82
Kapitel 6: Meinungsmache bestimmt das Bild der Geschichte . . . . .	89
Kapitel 7: Meinungsmache bestimmt, in welcher Gesellschaft wir leben . . . . .	97
Kapitel 8: Exkurs: Zu den hirnpfysiologischen Grundlagen der Meinungsmache . . . . .	115
Kapitel 9: Berlusconi ist überall oder Das nahende Ende der Demokratie . . . . .	123
Kapitel 10: Die Methoden der Meinungsmache . . . . .	129
Kapitel 11: Zwischenstück: Eine Welt voller Meinungsmache . . . . .	147
<b>III. Die neoliberale Bewegung hinterlässt eine Spur der Verwüstung und der Plünderung . . . . .</b>	<b>183</b>
Kapitel 12: Inkompetenz in der Wirtschaftspolitik . . . . .	185
Kapitel 13: Die Verarmung des Staates als strategischer Hebel . . . . .	202

Kapitel 14: Die Auslieferung der Universitäten an die Wirtschaft * . . . . .	221
Kapitel 15: Mit Bachelor und Master die Hochschulabschlüsse verschlimmbessert. . . . .	251
Kapitel 16: Der stärkste Motor beim Zerstörungswerk – die Bertelsmann Stiftung*. . . . .	258
Kapitel 17: Die Plünderung unseres Volksvermögens . . . . .	269
Kapitel 18: Kapitalmarkt als Casinobetrieb und die Plünderung deutscher Unternehmen. . . . .	283
Kapitel 19: Die Zerstörung des Vertrauens in die sichere Altersvorsorge – ein Musterbeispiel gelungener Gehirnprägung. . . . .	300
<b>IV. Das Versagen der Wächter . . . . .</b>	<b>341</b>
Kapitel 20: Meinungsmache zur Sicherung von Macht und Einfluss. . . . .	342
Kapitel 21: Das Verschwinden der Medien als kritische Instanz. . . . .	361
<b>V. Die Gegenbewegung . . . . .</b>	<b>423</b>
Kapitel 22: David gegen Goliath: Schafft ein, zwei, viele Gegenöffentlichkeiten!. . . . .	424
<b>VI. Nachtrag zur Taschenbuchausgabe . . . . .</b>	<b>437</b>
Kapitel 23: Die Steigerung des Wahnsinns . . . . .	438
<b>Anmerkungen . . . . .</b>	<b>477</b>

\* Autor dieses Kapitels ist Wolfgang Lieb

## Vorbemerkung des Autors zu unser aller Betroffenheit

Seit meiner Studienzeit beobachte ich das politische Geschehen und dabei insbesondere die Wege politischer Meinungsbildung und ihre Bedeutung für politische Entscheidungen. Als Student der Nationalökonomie habe ich mich damit beschäftigt, welche Wirkung Sprache in der Wirtschaftspolitik als Träger von Vorurteilen hat, und außerhalb meines Fachbereichs damit, welche Bedeutung der Propaganda beim Niedergang der Weimarer Republik zukam. Später musste ich beruflich die Wege der Meinungsmache beobachten und selbst – mit anderen zusammen – Strategien der Meinungsbeeinflussung entwickeln. Als Redenschreiber des Bundeswirtschaftsministers Karl Schiller in den Jahren 1968 und 1969, danach als Verantwortlicher für Willy Brandts Wahlkampf und dann als Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Brandt und Schmidt war ich ständig mit diesem Sujet befasst.

Ich bin also persönlich geprägt und beruflich vorbelastet, so könnte man sagen, ich bin sozusagen zu einem Spezialisten der Beobachtung von Meinungsbildung und zu einem Kenner der Meinungsbeeinflussung geworden. Ich habe solche Vorgänge nicht nur miterlebt, sondern aktiv mitgestaltet. Die Ostpolitik der Regierung Willy Brandt zum Beispiel hätte ohne eine eigene Öffentlichkeitsarbeit und die dahinterstehenden Strategien der Meinungsbildung gar nicht mehrheitsfähig werden können; Voraussetzung dafür waren Überlegungen zu den Prozessen der Meinungsbildung in einem Volk, das bis zum Mauerbau in Kategorien der Ost-West-Konfrontation und im Denken des Kalten Krieges verfangen war. Die Ostpolitik in den Köpfen und Herzen unseres Volkes zu verankern war eine der Hauptaufgaben Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, als ich für die Öffentlichkeitsarbeit der damaligen SPD und ihres Vorsitzenden, Bundeskanzler Brandt, verantwortlich war.

Immer wieder waren schon damals die Kämpfe um politische

Entscheidungen auch zugleich Kämpfe um die Meinungsführerschaft, also um die Prägung der öffentlichen Meinung und der veröffentlichten Meinung, also der Meinung unter Multiplikatoren, vor allem der Medien. Ausbau der Kernenergie? Kindergeld oder Kindersteuerfreibeträge? Steuersenkung oben oder unten? Gibt es eine Raketenlücke? Sind die SS-20-Raketen der Sowjetunion eine Bedrohung oder nicht? Nachrüstung ja oder nein? Wichtige politische Entscheidungen waren auch damals Gegenstand öffentlicher Debatten.

Später, Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre, regte die von mir geleitete Planungsabteilung des Bundeskanzleramts beim damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt an, dass es um der Erhaltung der demokratischen Meinungsbildung willen wichtig sei, sich der Kommerzialisierung des Fernsehens und der Vermehrung der Programme zu widersetzen, sie jedenfalls nicht mit öffentlichen Finanzen zu fördern. Das zusammen mit Freunden initiierte Internetprojekt »www.NachDenkSeiten.de« setzt den Kampf um eine einigermaßen demokratische Willensbildung und um Aufklärung fort. »NachDenkSeiten« wollen hinter die interessegebundenen Kampagnen der öffentlichen Meinungsbeeinflussung leuchten und systematisch betriebene Manipulationen aufdecken«, heißt es in der Begründung für den Start dieser kritischen Internetseite.

Wie auch immer – ich habe gelernt zu beobachten, welchen Einfluss Meinungsmache und Meinungsbildung auf politische Entscheidungen haben. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen komme ich zu fünf Feststellungen:

Erstens: Meinung macht Politik. Die öffentliche Meinung ist oft maßgeblich für die politischen Entscheidungen.

Zweitens: In vielen Fällen bestimmt allein die *veröffentlichte* Meinung, also die von den tonangebenden Personen, Gruppen und Medien mehrheitlich vertretene Meinung, die politischen Entscheidungen.

Drittens: Meinung kann man machen. Das wissen auch jene, die zur Durchsetzung ihrer Interessen politische Entscheidungen bestimmen wollen.



Viertens: Wer über viel Geld und/oder publizistische Macht verfügt, kann die politischen Entscheidungen massiv beeinflussen. Die öffentliche Meinungsbildung ist zum Einfallstor für den politischen Einfluss der neoliberalen Ideologie und der damit verbundenen finanziellen und politischen Interessen geworden. In einer von Medien und Geld geprägten Gesellschaft ist das zum Problem der Mehrheit unseres Volkes geworden, zum Problem des sogenannten Mittelstands und vor allem der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften, denn diese Mehrheit und ihre Interessen werden zunehmend kaltgestellt. Das erklärt die breite und wachsende Kluft zwischen den Interessen der Mehrheit und den von oben eingeleiteten politischen Entscheidungen.

Fünftens: Die totale Manipulation ist möglich. Die gleichgerichtete Prägung des Denkens vieler Menschen ist möglich.

George Orwell schrieb in seinem Roman »1984«: »Und wenn alle anderen die von der Partei verbreitete Lüge glaubten – wenn alle Aufzeichnungen gleich lauteten –, dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit.«

Wenn Sie diese Beobachtung von George Orwell gelegentlich zu Rate ziehen, werden Sie vieles, was um uns herum vorgeht, um vieles besser verstehen, als wenn Sie nach objektiven, in der Sache liegenden Erklärungen von für Sie rätselhaften Vorgängen suchen. Diese Mühe ist in der Regel nämlich müßig, denn das, was wir täglich hören und sehen und was uns als demokratisch gesonnene Staatsbürger häufig das Leben so schwer macht, sind in Wahrheit Mythen, Legenden und Lügen. Sie bestimmen in weitem Maß die öffentliche Debatte und damit auch die politischen Entscheidungen, die sich massiv auf unsere konkrete Lebenssituation am Arbeitsplatz, bei der sozialen Absicherung oder im Alter auswirken. Sie berühren und betreffen ganz unmittelbar unseren Alltag. Wenn Sie die Wirkung perfekter Meinungsmache durchschauen, dann werden Sie auch verstehen, dass wir als Steuerzahler so lautlos die Wettschulden derer bezahlen, die sich auf den internationalen Finanzmärkten verspekuliert haben und das Casino so weiterbetreiben, als wäre nichts geschehen.

## Einführung

Jeder dritte Deutsche hat kein Vertrauen mehr in die demokratische Staatsform, in Ostdeutschland sind es sogar 53 Prozent.<sup>1</sup> Das hat Konsequenzen: Das Interesse an Politik schwindet. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006 lag bei 44,4 Prozent – und war die bisher niedrigste auf Bundes- und Landesebene. Der dann weiterregierende Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) ist von gerade mal 15,7 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden. Auch bei anderen Wahlen geht es mit dem Interesse der Wähler bergab; im Januar 2009 in Hessen von 64,3 auf 61 Prozent und davor in Hamburg von 68,7 auf 63,5 Prozent, zur Wahl des Oberbürgermeisters in Kiel am 15. März 2009 gingen gerade mal 36,5 Prozent der Wahlberechtigten und zur Europawahl 2009 nur 43,3 Prozent. Ein Tiefpunkt. Fast überall gibt es historisch niedrige Wahlbeteiligungen.

Die meisten Parteien verlieren Mitglieder, zum Teil massiv. Die SPD ist von über einer Million auf weniger als die Hälfte geschrumpft, der CDU geht es nicht viel besser. Nur noch 34 Prozent sind zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung.<sup>2</sup> Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wenden sich von der Politik ab.

Sie tun dies, weil sie sich ohnmächtig fühlen und weil sie die politischen Entscheidungen nicht mehr nachvollziehen können oder sogar als gegen sich gerichtet sehen. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die den Nerv der demokratischen Kultur berührt. Ich will in diesem Buch einer wichtigen Ursache des Unbehagens und des Gefühls der Ohnmacht und der Resignation nachgehen: dem Zugriff mächtiger Personen und Gruppen auf das Denken und die Meinung anderer – auf das Denken und die Meinung der Mehrheit.

Wir alle sind auf den Austausch von Gedanken mit anderen Menschen angewiesen, in einer arbeitsteiligen Welt sowieso. Beim Erkennen und Bewerten von Sachverhalten orientieren wir

uns an den Urteilen anderer. Das fängt im Alltag schon bei relativ einfachen Fragen an: Wir tauschen uns über die Qualität von Büchern und Kinofilmen aus. Wir fragen andere nach der Qualität der Schulen in unserem Umfeld, wenn die Einschulung unserer Kinder oder Enkel bevorsteht. Erst recht sind wir bei komplexeren Fragen auf das Urteil von Fachleuten und Instituten angewiesen, denen wir vertrauen: zum Beispiel wenn es um die Chancen oder Gefahren der Kernenergie geht, um die Gentechnik oder die Beurteilung wirtschaftlicher Zusammenhänge. Wollen wir zum Beispiel die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank beurteilen, dann schaffen wir das kaum auf der Basis eigener Studien.

Nicht zu allem sich selbst ein Urteil bilden zu können und sich an anderen zu orientieren ist also gängige Praxis, ja sogar unumgänglich. Es ist auch ökonomisch sinnvoll, sich auf die Gedankenarbeit anderer zu verlassen. Dazu gibt es seit Menschengedenken Institutionen, die das Denken geprägt haben: Kirchen zum Beispiel und Hochschulen – von den alten Ägyptern über die Griechen bis zu den mittelalterlichen Universitäten.

Heute werden wir allerdings auf vielen Feldern und in schnellem Rhythmus zum Opfer von bewusst angelegten Kampagnen der Meinungsbeeinflussung. Diese Kampagnen werden systematisch und strategisch geplant. Hinter ihnen steckt oft der Einfluss starker Personen und Gruppen, die entdeckt haben, dass sie ihre Interessen in der Politik durchsetzen beziehungsweise absichern können oder ihrem Einwirken auf die politisch handelnden Personen Nachdruck und Legitimität verleihen können, wenn es ihnen gelingt, die Meinung der Medien, der Multiplikatoren und möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger zu beeinflussen und so die politischen Entscheidungen zu prägen.

Durch gezielte Meinungsmache beherrschen heutzutage große Interessen mit teilweise feudalem Charakter das gesellschaftliche und politische Geschehen. Das geschieht in engem Schulterschluss mit der neoliberalen Bewegung, deren Glauben an die heilsame Wirkung von Privatisierung, Deregulierung, Entstaatlichung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche hierzulande

mit gekonnter und gut organisierter Meinungsbeeinflussung in politische Entscheidungen umgesetzt wurde. Der Siegeszug der neoliberalen Ideologie wäre ohne begleitende massive Propaganda nicht möglich gewesen.

Umso erstaunlicher ist es, dass sich viele Menschen der Fremdbestimmung entziehen. So ist Umfragen zufolge eine große Mehrheit immer noch gegen die Auflösung der sozialen Sicherheit und für einen solidarischen Staat; eine große Mehrheit war gegen Hartz IV und gegen die Rente mit 67; und ist für die Einführung von Mindestlöhnen. Wir befinden uns also in einer Phase, wo die herrschende Politik und die Meinungsmacher bei wichtigen Fragen gegen einen beachtlichen Teil des Volkes stehen, manchmal sogar gegen die Mehrheit. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Darauf setzen die Meinungsführer.

Wie wir ganz konkret durch Meinungsmache manipuliert werden und wie damit Politik gemacht wird, das illustrieren die folgenden Beispiele. Das Muster ist stets dasselbe: Unser Vertrauen in Experten, in Wissenschaftler, in Medien und in politische Parteien wird missbraucht. Das fängt bei einfachen Dingen an – eine nur kleine wirtschaftliche Belebung wird von den als unabhängig geltenden Professoren zum Boom erklärt, und viele Menschen glauben das. Es wird behauptet, die Agenda 2010 sei ein Erfolg, der Generationenvertrag trage nicht mehr, Altersarmut sei unabwendbar, wenn man nicht privat vorsorge, und so weiter ... Und wir glauben mehr und mehr an diese Botschaften, weil fast alle dasselbe sagen und schreiben und senden. Es wird behauptet, die Finanzkrise komme aus Amerika und sei sozusagen überraschend über uns gekommen; es wird gesagt, wir müssten alle Banken retten, denn sie seien systemrelevant. Wir glauben es, weil die Verantwortlichen die Fakten über die hausgemachte Spekulation und die unseriösen Bankgeschäfte verschweigen und wir uns selbst nur schwer ein Urteil bilden können. Und auf der Basis dieser Meinungsmache zahlen wir Milliarden. Hunderte von Milliarden.

Man mutet uns auch die wendige Korrektur gemachter Meinungen zu. Jahrelang hat man uns erzählt, Konjunkturprogram-

me seien Strohfeuer. Neuerdings verabschieden die Erzähler selbst Konjunkturpakete. Immerhin ein Fortschritt. Aber das Werk von Wendehälsen.

Meinungsmache und Manipulation sind seit Jahrhunderten geläufige Erscheinungen. In jüngster Zeit jedoch entfalten diese Kampagnen eine zerstörerische Wirkung, wie sich an gravierenden Fällen belegen lässt: die Auslieferung unserer öffentlichen Universitäten an die Wirtschaft, die Zerstörung des Vertrauens in die sozialen Sicherheitssysteme, die bewusst betriebene Verarmung des Staates, die Kommerzialisierung und Privatisierung unserer Medien, der Verkehrssysteme und kommunaler Versorgungseinrichtungen. Gespielt, gezockt und geplündert wird aber nicht nur im öffentlichen Bereich, geplündert wird zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmer und zu Lasten der Gemeinschaft auch im Bereich der privaten Unternehmen. Deutschland im Ausverkauf. Auch die Unfähigkeit zu einer wirksamen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik folgt aus der systematischen Irreführung des Publikums. Systematisch hat man auch versucht, uns beizubringen, die traumhaften Renditen und Boni der von nahezu allen Regeln befreiten Finanzwirtschaft kämen auf anständige Weise zusammen und seien deshalb erstrebenswert. Jetzt zahlen wir Steuerzahler die Zeche. Die neoliberale Ideologie erweist sich über weite Strecken als Instrument zur Bedienung privater Interessen zu Lasten der Allgemeinheit.

Nach gängiger politischer Theorie sollten wir vor der Bedrohung und dem Verlust unserer Gedankenfreiheit geschützt werden; das ist schon in Artikel 5 des Grundgesetzes niedergelegt, der das Grundrecht auf Meinungsfreiheit festschreibt. Bei dem Versuch, uns eine eigene und von der Sache und unseren Erfahrungen geprägte Meinung zu bilden, sollten wir unterstützt werden von den politischen Parteien und den Medien. Sie sollten als grundgesetzlich verbrieft Stützen einer sachlichen Meinungsbildung fungieren, doch über weite Strecken sind sie selbst zu einem Teil der Propaganda geworden. Viele Journalisten stehen unter massivem Druck, denn die Kommerzialisierung vor allem des Fern-

sehens und des Hörfunks und der Konzentrationsprozess in den Medien werden von Medienkonzernen und Sendern dazu benutzt, die personelle Ausstattung der Redaktionen immer weiter herunterzufahren und gleichzeitig nur noch Gefälliges zu bieten.

Hinzu kommt, dass den Medien und den Journalisten heute Public-Relations-Agenturen und ähnlich orientierte Beratungsunternehmen gegenüber- und zur Seite stehen, die über große finanzielle Mittel und über die organisatorische Kapazität zur Gleichschaltung der Meinung verfügen. Diese Public-Relations-Agenturen und die damit verbundenen Beratungsunternehmen sind die eigentlichen Produzenten der Meinungsmache. Ihre Macht über die Medien ist groß – Journalisten, die sich dem Mainstream widersetzen, müssen damit rechnen, isoliert zu werden.

Unsere Demokratie befindet sich am Rand ihrer Existenz. Wichtige Voraussetzungen für das Gedeihen demokratischer Willensbildungsprozesse sind nicht mehr gegeben. Vor allem wird uns keine wirkliche Alternative geboten, die Chancen hätte, die politische Macht zu erringen.

Mit der Lektüre dieses Buches wird Sie vermutlich nicht nur Zorn über den Missbrauch Ihres Vertrauens erfassen. Sie werden beim Lesen auch mehr und mehr spüren, dass es Lust bereitet, sich nichts vormachen zu lassen, selbst zu denken und seinen Gedanken wieder eine Stimme zu geben. Sie werden spüren, dass es guttut, wieder zweifeln zu lernen.

# I. Der Boden, auf dem Meinungsmache gedeiht

# Ein verbreitetes Gefühl der Ohnmacht

Vermutlich war die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger noch nie so miserabel wie heute. Die politischen Entscheidungen erscheinen rätselhaft, schlecht und gegen das Volk gerichtet.

In den siebziger Jahren konnte man in der Sozialforschung immer wieder das Phänomen beobachten, dass eine überwiegende Mehrheit der Menschen die allgemeine wirtschaftliche Lage kritisch sah, während gleichzeitig ein ähnlich hoher Prozentsatz mit der eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden war. Heute gibt es diese Wahrnehmungslücke, die sogenannte Angstlücke, nicht mehr. Heute hat die Unzufriedenheit und Unsicherheit über die allgemeine Lage bei vielen Menschen eine reale Basis in ihrer persönlichen Lebenssituation:

Die Masseneinkommen stagnieren seit nunmehr 15 Jahren; seit 1995 sind sie real um 0,9 Prozent gesunken, während gleichzeitig die Spitzengehälter und die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen mit einer Steigerung um 36 Prozent explodierten.<sup>3</sup> Die Kluft zwischen den Bezügen der Manager und jenen der Mitarbeiter der Unternehmen ist maßlos gewachsen. Die Vorstände von DAX-Unternehmen verdienten 1987 im Durchschnitt 14-mal so viel wie die Beschäftigten, 2006 44-mal so viel.<sup>4</sup>

Vor allem diese Extreme sind es, die viele Menschen aufwühlen. Sie selbst müssen reale Verluste hinnehmen und gleichzeitig hören, dass die Einkommen der Vorstände der DAX-Unternehmen wieder zweistellig gewachsen sind. Um 650 Prozent sind sie in den letzten 20 Jahren gestiegen. Oder sie lesen, dass der Gründer des Hedgefonds Paulson & Co. im Jahr 2007 3,7 Milliarden Dollar verdient hat.<sup>5</sup> Ohne Experte zu sein, kann man wissen, dass diese Einkommen nicht vom Himmel fallen, sondern auf irgendeine Weise von anderen bezahlt werden müssen.

Wie es sich auswirkt, wenn oben zugelegt und unten weggenommen wird, kann man an der sogenannten Lohnquote ab-



lesen. Die Lohnquote<sup>6</sup>, der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Bruttoinlandsprodukt, ist von 69,8 Prozent im Jahr 1982 auf 62,3 Prozent im Jahr 2007 gesunken.<sup>7</sup> Damit liegt die Lohnquote um mehr als neun Punkte niedriger als Mitte der siebziger Jahre, als sie 1974 den Spitzenwert von 71,4 Prozent erreichte. Hinter dieser statistisch erfassten Verschiebung der Einkommensverteilung verbergen sich zutiefst ungerechte Verschiebungen der Lebenschancen. Das spüren viele Menschen, und das deprimiert und empört sie.

Besonders betroffen sind jene, die in den sogenannten Niedriglohntsektor abgewandert sind. 2006 gehörten schon gut 22 Prozent zu den »Niedriglöhnern«, 43 Prozent mehr als 1995. Der Anteil der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung ist in der gleichen Zeit von 58,6 Prozent auf 67,5 Prozent gestiegen, das heißt: Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung werden zusehends ausgegrenzt. Vor allem jüngere, gering Qualifizierte, Frauen und Ausländer/-innen beziehen Niedriglöhne. Auch im internationalen Vergleich hat sich die Lage in Deutschland wesentlich verschlechtert.<sup>8</sup>

Während sich die Löhne auf der einen Seite und Gewinne und Vermögenseinkommen auf der anderen markant auseinanderentwickeln, ist die Produktivität der Arbeitnehmer stärker gestiegen als ihre Löhne. Dabei könnten die Löhne und Gehälter mindestens im Rahmen der Produktivitätsentwicklung steigen, ohne dass dies einen volkswirtschaftlichen Schaden zur Folge hätte. Realität ist aber, dass die Einkommen seit nunmehr mindestens 15 Jahren von der Steigerung der Produktivität der Arbeitnehmer abgekoppelt sind. Und wie zum Hohn wird von einigen Wissenschaftlern und Medienvertretern gefordert, die Löhne sollten weiter sinken.

Als Reaktion auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen und auf den Versuch, diese Entwicklung auch noch als alternativlos darzustellen, wachsen Ohnmacht und Wut.

Vielen Menschen geht es noch schlechter. Sie sind arbeitslos. Oder sie werden in schlechte Jobs abgeschoben, entweder in

Minijobs oder in Leiharbeit. Viele müssen ein gesichertes Arbeitsverhältnis aufgeben, um dann für die gleiche Tätigkeit in einem prekären Arbeitsverhältnis wieder angeheuert zu werden – zu einem niedrigeren Lohn. Auch das wird von manchen als Fortschritt gefeiert. »Mehr Flexibilität«, heißt die Parole. Was »Mehr Flexibilität« praktisch heißt, erfahren die Leiharbeiter reihenweise in der Wirtschaftskrise. Sie werden als Erste entlassen. Was empfinden die Betroffenen, wenn ehemalige Minister wie Wolfgang Clement, die in ihrer Amtszeit die Leiharbeit gefördert haben, nach dem Abschied aus der Politik in die Dienste von großen Leiharbeitsfirmen eintreten und so von diesen labilen Arbeitsverhältnissen profitieren?<sup>9</sup>

Einige Politiker und Wissenschaftler haben schon vor zehn Jahren für den sogenannten Niedriglohnssektor zu werben begonnen. Und so sieht das Ergebnis aus: Minijobs, Ein-Euro-Jobs, 400-Euro-Jobs, Hartz-IV-Aufstocker – diese Entwicklung drückt auf das Lohnniveau auch jener Menschen, die noch in gesicherten Arbeitsverhältnissen stehen. Kein Wunder, dass die Armut zunimmt. Zugleich wächst die Sorge vor dem sozialen Abstieg. Das betrifft auch gut ausgebildete Menschen und Familien aus dem sogenannten Mittelstand. In den vergangenen 15 Jahren nahm die Zahl der Haushalte im mittleren Einkommensbereich um 14 Prozent ab.<sup>10</sup>

In einer Marktwirtschaft verschlechtert sich die Einkommensverteilung für die Mehrheit der Menschen, wenn die Verhandlungsmacht zwischen den Nachfragern nach Arbeit, den Arbeitnehmern, und den Anbietern von Arbeitsplätzen so ungleich verteilt ist wie in den letzten 20 Jahren. Das Sinken der Lohnquote zeigt das Ergebnis: Die Einkommensverteilung hat sich zu Lasten der Arbeitnehmer verschoben. In einer solchen Situation versucht die Politik normalerweise, die Verteilung über die Steuerpolitik ein bisschen zu korrigieren. Die verantwortlichen Politiker aber haben nach der Wahl vom September 2005 noch einen draufgesetzt und eine steuerliche Umverteilung zu Lasten der Schwächeren und der Mitte und zugunsten der Oberen betrieben: Nach der

schon vorher beschlossenen und umgesetzten Senkung des Spitzensteuersatzes und der Streichung der Vermögensteuer, die bereits zu Zeiten von Kanzler Helmut Kohl vorgenommen wurde, folgten 2007 weitere Steuergeschenke an die Unternehmen. Zuvor wurden alle Normalverdiener und die Einkommensschwächeren – die Rentner, die Arbeitslosen, die Auszubildenden und die Studenten – durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Punkte zusätzlich belastet. Auch dies mussten die Wählerinnen und Wähler hinnehmen, obwohl sie in dieser Frage bei der Wahl 2005 betrogen worden sind.

Im Wahlkampf 2005 hatte die Union mit Angela Merkel als Spitzenkandidatin eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte gefordert, die SPD hatte sich dagegen mit einer Kampagne gegen die »Merkelsteuer« gewehrt. Nach der Wahl war dann vom Widerstand gegen die Mehrwertsteuererhöhung keine Rede mehr. Sie wurde sogar um drei Prozentpunkte erhöht.

Auch dieses Manöver mussten die Menschen hinnehmen, ohne sich gegen den Betrug wehren zu können. Die Wahl war vorbei, und weder die Opposition noch die Medien übten harte Kritik an diesem Vorgang. Franz Müntefering setzte sogar noch einen drauf. Laut »Tagesspiegel« vom 29. August 2006 sagte er: »Wir werden als Koalition an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair!«

Man lässt uns unsere Ohnmacht spüren. Im konkreten Fall auch im Geldbeutel. Und nicht einmal die Medien artikulieren mehrheitlich unsere Betroffenheit und unsere Gefühle, im Gegenteil. Nach jeder schlimmen Tat hebt ein Sturm der Meinungsmache an: Es gebe keine Alternative! Und viele Menschen glauben tatsächlich, dass es so ist.

Wir registrieren die Beliebigkeit und Verantwortungslosigkeit der Regierenden. Sie sind zum Beispiel im Herbst 2007 fähig, einen kleinen Aufschwung zum Boom aufzubauschen und diesen vermeintlichen Erfolg den Reformen der Agenda 2010 zuzuschreiben. Und wenn es dann bergab geht wie im Frühjahr 2008, ist die internationale Finanzkrise daran schuld. Ein Tross von Meinungsmachern in den Medien, der Wissenschaft und den PR-

Agenturen macht diese beliebigen Deutungen in allen Wendungen kritiklos mit.

Die wirtschaftspolitische Kompetenz der herrschenden Kreise steht auf tönernen Füßen. Wo gibt es in Regierung und Opposition jemanden, der sich in der Makroökonomie wie auch in der Theorie der Marktwirtschaft auskennt? Statt Fachkenntnis herrschen Ideologie und Phrasen und Stereotype. Eichel, der Sparkommissar. Steinbrück, der gute Hausvater. Merz, der Wirtschaftsfachmann. Eine Bierdeckelsteuerreform als Kompetenznachweis.

In der Finanzkrise lässt man uns unsere Ohnmacht besonders hart spüren. Jahrelang hat man uns zum Beispiel Sparen gepredigt. Wenn es um Ausgaben für eine bessere Bildung und für ein gutes soziales Netz ging, dann wurde um jede Milliarde geknauert. Jetzt werden weit über 100 Milliarden für eine einzige Bank und nicht einmal eine große, für die Hypo Real Estate (HRE) in München, bereitgestellt. Und die Brandstifter gebärden sich als Feuerwehrleute. Unser stummer Protest prallt ab an einer wohlwollenden Medienbegleitung, die jeden Winkelzug nachvollzieht. Wir erleben so, dass das Grundelement der Demokratie außer Kraft gesetzt wird. Wer gravierende Fehler macht, muss nicht mehr mit der Sanktion der Abwahl rechnen, wenn er oder sie die mächtigen Medien auf die eigene Seite zu ziehen vermag.

Wir müssen mit ansehen, wie unsere soziale Sicherheit innerhalb weniger Jahre ruiniert wird. Wenn wir »Hartz IV« hören, denken wir vor allem an die direkt Betroffenen, an die schon arbeitslos Gewordenen. Hartz IV hat jedoch für nahezu alle, die noch Arbeit haben, gravierende Folgen: Ihnen wird nämlich signalisiert, dass sie im Falle der Arbeitslosigkeit ein Jahr (bei Älteren ein bisschen länger) Arbeitslosengeld I erhalten und dann auf das Niveau des Arbeitslosengeldes II entlassen werden. Damit hat dieses soziale Sicherungssystem die Funktion einer Versicherung verloren. Das widerspricht den berechtigten Erwartungen der meisten Menschen, die davon ausgegangen sind, dass die Arbeitslosenversicherung zwar nicht ewig trägt, aber dennoch den Charakter einer Versicherung hat, die sie finanziell zumin-

dest so weit auffängt, dass sie sich einigermaßen in Ruhe einen neuen Job suchen können. Diese Sicherheit ist weg. Das prägt das Lebensgefühl der Menschen, und es prägt ihr Verhalten als Arbeitnehmer und als Gewerkschafter im Betrieb oder bei Tarifauseinandersetzungen.

Mit Hartz IV ist der Arbeitnehmerschaft der Schneid abgekauft worden. Das ist die eigentliche Funktion dieser Gesetze. Die Leute spüren ihre Ohnmacht; sie fühlen sich von diesem Staat unfair behandelt.

Obwohl alle Umfragen seit Jahrzehnten erkennen lassen, dass eine Mehrheit solidarische Lösungen bevorzugt, ist den meisten Menschen die soziale und solidarisch organisierte Sicherheit vor den Risiken des Älterwerdens und der Arbeitslosigkeit genommen worden. Offenkundig spielt der Wille des Volkes hier keine Rolle. Es entscheidet der Wille der Versicherungswirtschaft und der Banken.

Die Mehrheit des Volkes und die Mehrheit der Betroffenen sind auch dagegen, die Altersgrenze für den Renteneintritt auf 67 Jahre zu erhöhen. Fünfzigjährige werden in die Arbeitslosigkeit geschickt. Von den über Sechzigjährigen sind nur noch weniger als 20 Prozent in Arbeit.<sup>11</sup> Die anderen sind arbeitslos, ausgebrannt, krank oder im Vorruhestand – aus welchen Gründen auch immer. Jedenfalls gibt es wenig Arbeit für Menschen über 55, für die über 60 noch viel weniger und für über 65-jährige schon gar nicht. In dieser Situation das Renteneintrittsalter weiter zu erhöhen ist ein eindeutiges Signal zur Förderung der Privatvorsorge.

Wieder lässt man uns unsere Ohnmacht spüren. Logik und Lebenserfahrung, die Kosten, die Sicherheit und die Rendite – alles hätte dafür gesprochen, die gesetzliche Rente zu stabilisieren und auszubauen. Das Gegenteil geschieht, unfreiwillig subventioniert von den Steuerzahlern. Niemand hat uns gefragt, ob wir mit unseren Steuergeldern die Riesterförderung von Frau X. und Herrn Y. bezahlen wollen. Niemand hat den Geringverdiener, der sich nie im Leben ausreichend zu riestern wird leisten können, gefragt, ob er mit einer höheren Mehrwertsteuer die Riesterförderung der Besserverdienenden bezahlen will.

Wir erleben: Der Kommerz macht vor nichts halt – nicht vor der Versorgung von Kranken und Alten, nicht vor unseren Kindern, nicht vor der Schule. Ein Viertel der Schüler muss Nachhilfestunden nehmen, es ist ein Milliardenmarkt entstanden. Es ist das gleiche Bild wie an vielen anderen Stellen: Wenn der Staat seinen Aufgaben nicht nachkommt, weil ihm die Mittel genommen worden sind, macht die Privatwirtschaft Gewinne.

Wir sehen: Die Grundlinien der neoliberalen Ideologie und die daraus folgenden Forderungen und Rezepte – Privatisierung, Deregulierung und Entstaatlichung – werden gegen den erkennbaren Willen und das Interesse der Mehrheit durchgesetzt.

Die Mehrheit der Deutschen ist offensichtlich auch gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn. Trotzdem würde dieses Projekt rücksichtslos durchgezogen – vermutlich weil Einzelne daran verdienen wollen –, hätte nicht die Finanzkrise zum vorläufigen Anhalten gezwungen.

Die Mehrheit der Menschen hat nichts davon, wenn die Wasserwerke und die kommunale Abfallwirtschaft, wenn Stadtwerke und Schulen, Hochschulen und Verwaltungen privatisiert oder teilprivatisiert werden. In den meisten Gemeinden und Kreisen, die solche Projekte verfolgen, werden die betroffenen Menschen nicht um ihre Meinung gefragt. In der Regel werden die zugrundeliegenden Verträge mit privaten Unternehmen nicht offengelegt. Was ist das für eine Demokratie? Da wird Volksvermögen verscherbelt, und wir erfahren nicht einmal, zu welchem Preis.

Bei wesentlichen Entscheidungen zur Gestaltung unserer Gesellschaft wird heute gegen den Willen des Volkes regiert. Nach Sinn und Zweck wird häufig gar nicht gefragt, sondern es werden irgendwelche von außen vorgegebenen Pläne umgesetzt, weil sie von angeblichen Experten empfohlen werden oder auch nur weil »Modernisierung« zu betreiben international Mode geworden ist.

Sind Sie gefragt worden, ob unsere Universitäten der Wirtschaft überantwortet werden und in den Kontrollgremien von niemandem gewählte Wirtschaftsmanager das Sagen haben sollen? Dabei sind doch Sie es, sind wir alle als Steuerzahler es,

die die Universitäten finanzieren. Haben die Mitglieder der Parteien unter sich, auf regionalen Parteitagungen oder mit uns als Bürgerinnen und Bürger darüber gesprochen, ob wir es für gut und sinnvoll halten, Studiengebühren einzuführen? Gab es eine öffentliche Debatte darüber, ob Sie und unsere Jugend Studienabschlüsse in Form der angelsächsischen Bachelor- und Master-Abschlüsse wollen? Ist das wirklich eine Verbesserung, oder war unsere Form des Studiums und der Abschlüsse mit Diplomen und Staatsexamen besser? Zwingt uns die internationale Vergleichbarkeit zu dieser Lösung? Öffentliches Thema waren alle diese Fragen nicht.

In den Parteien und meist auch in den Parlamenten gibt es keine Auseinandersetzung mehr darüber. Gerade in der Hochschulpolitik liegt das daran, dass einflussreiche Meinungsmacher wie die Bertelsmann Stiftung über Jahre hinweg für Studiengebühren und für die unternehmerische Hochschule getrommelt haben. Meinungsmache von außen hat die innere Willensbildung in unserem Volk ersetzt.

Sicher, man könnte einwenden, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben. Wir wollen diesen Hinweis auch ernst nehmen. In vielen Fällen ist es gut, dass wir den Filter des Parlaments haben. Doch damit kann auch Missbrauch betrieben werden: In einer parlamentarischen Demokratie zu leben darf nicht dazu führen, dass die gewählten Personen sich einer Ideologie verpflichtet fühlen, die den Interessen der Bevölkerung entgegensteht. Dieser grundlegende Widerstreit zwischen den grundlegenden Vorstellungen der Mehrheit der Menschen und der angeblich alternativlosen Grundlinie der neoliberalen Bewegung ist zu einem ernsthaften Problem geworden. Praktisch ist die herrschende neoliberale Ideologie nicht zu versöhnen mit den Vorstellungen der Mehrheit von einer einigermaßen solidarisch gestalteten Gesellschaft.

Wir könnten besser miteinander auskommen, besser leben, solidarischer und auch effizienter sein, wenn uns die Ideologie der neoliberalen Bewegung nicht so im Griff hätte – Privatisierung, Deregulierung, Kommerzialisierung aller Lebensbereiche, Markt

und Wettbewerb auch da, wo diese Prinzipien nichts zu suchen haben. Unsere Ohnmacht ist nicht gottgegeben. Sie ist das Ergebnis der politischen Vorherrschaft von Leuten, die nichts kennen außer ihrem Glaubensbekenntnis – und ihrem persönlichen Vorteil.

Unsere Eliten reagieren auf die Kluft, die zwischen ihrem Denken und ihren Absichten auf der einen Seite und dem erkennbaren Willen der Mehrheit der Menschen auf der anderen herrscht, auf zweierlei Weise:

Erstens: Sie versuchen einen Teil der Betroffenen in die politische Abstinenz abzurängen. Das gelingt in beachtlichem Maße, wie sich am Niedergang der politischen Beteiligung zeigt.

Zweitens: Einen Teil der Betroffenen versuchen sie auf ihre Seite zu ziehen, indem sie Propaganda machen und die tatsächliche Kluft zwischen ihrer Ideologie und dem Widerstand der Menschen zu einem Vermittlungsproblem erklären. Und sie steigern sich in die durch keinerlei Fakten erschütterbare Gewissheit, das einzig Richtige zu tun, wie die Zukunft schon noch weisen werde.

So wird die Politik gegen die Interessen des Volkes zum Selbstzweck überhöht: »Für die Investoren ist entscheidend, dass es der Regierung gelungen ist, ein Projekt gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen«, erklärte Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft, zur Verabschiedung der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.<sup>12</sup> Gegen die Mehrheit der Bevölkerung Politik zu machen wird zur Tugend erklärt, und wer das kritisiert, wird des Populismus bezichtigt. Populisten sind dann alle, die den Wünschen des Volkes eine Stimme geben. Das kann sogar Politiker aus dem Lager der etablierten Parteien treffen wie Jürgen Rüttgers, den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, wenn diese sich ein soziales Image zu geben versuchen. Vor allem aber werden die Linken unter den Dauerverdacht des Populismus gestellt. Oskar Lafontaine ist solch ein dankbares Objekt, das in jeder zweiten Zeitungszeile als Watschenmann herhalten muss.

Dass die Forderungen nach einer faireren und gerechteren Gesellschaft immer mehr Menschen bewegen, so dass bereits



von einem Linksruck gesprochen wurde, irritiert die herrschende Gruppe nur wenig. Unbeirrt bleiben sie bei dem altbewährten Erklärungsmuster: Die Menschen seien vom Populismus verführt und von der Schwierigkeit der Materie überfordert. Nicht die Sache an sich sei das Problem, es gebe lediglich ein Vermittlungsproblem, behaupten die Merkels, die Kauders, Schäubles, Steinmeiers, Münteferings, Becks und Steinbrücks. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat sogar ein Gutachten in Auftrag gegeben zur Erforschung der Reformwiderstände. Die Untersuchung mit dem Titel »Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit« wurde vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim (ZEW) zusammen mit Vertretern der Universität Salzburg und der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität erstellt und befasst sich mit der Frage, warum die Reformpolitik von der Mehrheit der Bevölkerung nicht befürwortet wird.

Hier wird eines der Kernprobleme sichtbar: Die herrschenden Kreise reagieren auf die Ablehnung einer Serie von politischen Maßnahmen und auf die Ablehnung der politischen Grundlinie nicht mit Reflexion und Nachdenken, sondern mit Verachtung des Volkes. Sowohl um dem Willen der Mehrheit zu entsprechen wie auch aus der Sache heraus erscheint eine Kurskorrektur notwendig. Doch die Eliten in Politik und Wirtschaft machen stur weiter und vergeben lieber Forschungsaufträge, um ermitteln zu lassen, wie man das Volk rumkriegen kann. Die Steuerzahler bezahlen, was zu ihrer Manipulation entwickelt wird. Auf der Strecke bleibt der Glaube an die demokratische Verfassung.

Die heute tonangebenden »Eliten« stehen nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Sie nehmen den Willen des Volkes nicht ernst und eine Reihe von Versprechen unseres Grundgesetzes auch nicht – das Demokratieversprechen nicht, das Sozialstaatsgebot nicht, das Gebot, Meinungspluralität zu sichern, nicht. Der Verfassungsschutz müsste sich mit diesen Meinungsmachern beschäftigen: mit den Matadoren der neoliberalen Bewegung, auch mit den Spitzen unseres Staates, mit der »Bild«-Zeitung, mit der Bertelsmann Stiftung, mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und den vielen anderen Initiativen,

die einzig der Agitation zugunsten mächtiger Einzelinteressen dienen.

Im Zusammenhang mit dem Versprechen der Sozialstaatlichkeit in Artikel 20 des Grundgesetzes wird ein Widerstandsrecht zugesagt:

### *Artikel 20 Grundgesetz*

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Was hier leider nicht gesagt wird, ist, wie wir das anstellen sollen. Auch in klugen Kommentaren des Grundgesetzes ist keine praktische Handlungsanweisung zu finden. Also sind wir auf uns selbst gestellt. Die Möglichkeit zum Widerstand liegt unter Umständen genau da, wo die Herrschenden ansetzen, um die Mehrheit der von ihnen Drangsalieren auf ihre Seite zu ziehen: im Versuch, Einfluss zu nehmen auf die öffentliche Meinungsbildung, im Aufbau einer Gegenöffentlichkeit.